

Mitteilungen

FOLGE 244
JUNI 2020

Christine Schindler

DÖW-JAHRBUCH: NISKO 1939

Die Deportationen aus Wien nach Nisko im Oktober 1939 bilden den Schwerpunkt der neuen DÖW-Publikation. Christine Schindler, die seit 20 Jahren die Ausgaben des Jahrbuchs zusammenstellt, präsentiert im Folgenden die einzelnen Beiträge. Das 1986 vom DÖW erstmals herausgegebene Jahrbuch – seither ohne Unterbrechung erschienen – hat unzählige Aspekte der NS-Herrschaft beleuchtet und ist zu einer der wichtigsten Publikationen des DÖW geworden.

Das Jahrbuch 2020 *Nisko 1939. Die Schicksale der Juden aus Wien* geht aus einem mehrjährigen Forschungskonvolut des DÖW zu den Deportationen der jüdischen Bevölkerung hervor, das in ein Projekt zu den Deportationen aus Wien nach Nisko im Oktober 1939 mündete. Die Konzeption des Forschungsvorhabens zur Klärung des Schicksals der insgesamt mindestens 4800 aus Wien, Mährisch-Ostrau und Kattowitz nach Nisko am San deportierten Männer wurde 2018 begonnen, das vorerst auf ein Jahr anberaumte Projekt startete Anfang 2020. Der Fokus liegt dabei auf den aus Wien Deportierten. Im Herbst 2019 wurde hierzu eine Auftaktkonferenz in Wien mit Beteiligung ukrainischer und deutscher Forscherinnen durchgeführt, deren Ergebnisse nun vorliegen.

Ziel des vom Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, vom Zukunftsfonds der Republik Österreich und vom Bundesministerium für Soziales geförderten Projekts, ist die Erschließung von Quellen zur Nisko-Aktion sowie das Sichtbarmachen des Schicksals der deportierten Männer. Eine valide Liste der Deportierten soll erstellt werden, die Diskussion um die Problematik verschiedener Zahlen und Listen kann im vorliegenden Jahrbuch nur begonnen werden.

Der Historiker und DÖW-Mitarbeiter Jonny Moser hatte jahrelang an dem Thema gearbeitet – sein Buch erschien 2012 posthum in der Edition Steinbauer: *Nisko – Die ersten Judendeportationen*. Die Mosers Publikation zugrunde liegenden Quellen sind allerdings leider nicht alle öffentlich zugänglich, sondern im Privatbesitz seiner Erben. Darüber hinaus-

gehende Quellen zum Thema müssen erst erschlossen werden. Diese Quellenrecherche und die Rekonstruktion der Schicksale der deportierten Männer fokussiert auf jene Personen, die im Lager Zarzecze bei Nisko untergebracht waren und nach dessen Schließung nach Wien zurückkehrten. Die Auftaktkonferenz und das vorliegende Jahrbuch thematisier(t)en darüber hinaus auch jene Männer, die in die Sowjetunion vertrieben wurden und von denen wenige Namen bekannt sind. Grundsätzlich sind bislang keine umfassenden Auflistungen der Deportierten und keine ausführlicheren biografischen Angaben zu den einzelnen Vertriebenen erschienen. Diese Recherche führt das DÖW ab 2020 durch. Unter der Leitung von DÖW-Mitarbeiterin Claudia Kuretsidis-Haider erforschen Wolfgang Schellenbacher, Winfried R.

Garscha, Gerhard Ungar und Dieter J. Hecht Aspekte dieses Themas.

Im Zuge des Projekts wird eine frei zugängliche Online-Dokumentenedition entwickelt, in der Dokumente aus verschiedenen Archiven des In- und Auslands zusammengeführt werden. Diese Dokumentenedition zu Nisko wird in Zusammenarbeit mit der vom FP7/Horizon 2020 der Europäischen Union finanzierten Forschungsinfrastruktur *European Holocaust Research Infrastructure (EHRI)* erstellt, die die pragmatische Vernetzung der internationalen Forschungsgemeinschaft zum Ziel hat. DÖW-Mitarbeiter Wolfgang Schellenbacher hat in mehreren, auch internationalen Projekten eine tiefgehende Expertise erworben, die in dieses Projekt einfließt. Digitalisierung und virtuelle Vernetzung auch von historischer For-



Nisko 1939

Die Schicksale der Juden aus Wien

Hrsg. von Christine Schindler
im Auftrag des
Dokumentationsarchivs des
österreichischen Widerstandes

Wien 2020, 447 Seiten
ISBN 978-3-901142-77-2

19,50 Euro

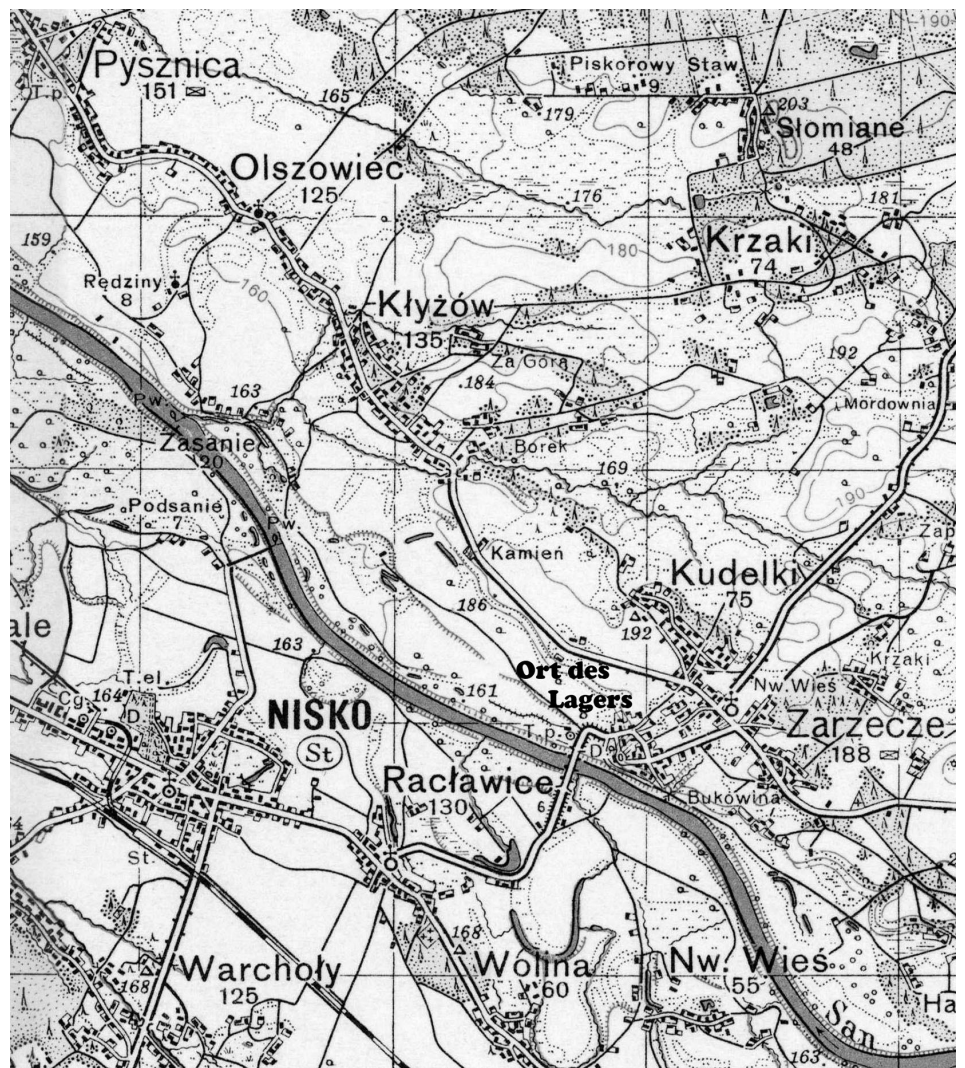
Lieferbar ab Ende Juni 2020

schung sind seit langem Schwerpunkte des DÖW und erhalten durch die Corona-Krise, auf deren Höhepunkt dieses Jahrbuch entstanden ist, eine besondere Dynamik.

Im Jahrbuch des DÖW 2018 *Forschungen zu Vertreibung und Holocaust* verortete der Historiker und DÖW-Mitarbeiter Winfried R. Garscha in seinem Beitrag *Deportation als Vertreibung. Eichmanns Nisko-Experiment 1939 im Kontext der nationalsozialistischen „völkischen Flurbereinigung“* die Nisko-Transporte im Rahmen vergleichbarer zeitnaher Deportationen und späterer Verschickungen als die größte der frühen nationalsozialistischen Aktionen zur ethnischen „Flurbereinigung“. Im Jahrbuch 2019 legte Garscha einen neue Erkenntnisse bringenden Artikel zur Mordstätte *Maly Trostinec* vor und das diesjährige Jahrbuch publiziert seinen ebenso grundlegenden und quellengesättigten Beitrag zur Nisko-Aktion: *Achtzig Jahre Ungewissheit. Die Nisko-Aktion 1939 und ihre verschollenen Opfer*.

Am 20. Oktober 1939 wurden 912, am 26./27. Oktober 672 Männer von Wien nach Nisko am San deportiert. Der Ende Oktober ebenfalls schon in Vorbereitung befindliche 3. Transport, der auch Familienangehörige nachbringen sollte, kam nicht mehr zustande, da die Aktion von Berlin aus abgebrochen wurde. Weitere Transporte gingen aus Ostrava/Mährisch-Ostrau und Katowice/Kattowitz ab. Winfried R. Garscha beschreibt und analysiert in seinem Aufsatz alle wesentlichen Aspekte der sogenannten Nisko-Aktion: ihre Einordnung in die frühen Vertreibungen (1938 bis 1941) und die ersten großen Deportationen; die militärischen und politischen Entwicklungen und Vereinbarungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion ab August 1939 und die Situation nach dem Angriff der Deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion 1941. Auch den verschiedenen Zahlenangaben spürt Garscha – wie schon bei seinen Arbeiten zur Vernichtungsstätte Maly Trostinec – akribisch nach, auch was die Flüchtlinge in der Sowjetunion betrifft. Garscha verortet die Deportationen im buchstäblichen Sinn mit großer geografischer Kenntnis und historisch in der österreichischen, tschechoslowakischen und polnischen Geschichte sowie in den kollektiven Gedächtnissen der Nachkriegsgesellschaften in Österreich, Tschechien und Polen.

Aufgrund der vorhandenen internationalen Forschungsliteratur – darunter die Arbeiten eines ehemaligen Nisko-Deportierten



Position des Lagers am westlichen Rand des Dorfes Zarzecze, eingetragen auf einem Ausschnitt aus dem Blatt „Pas 46/Slup 34 (Rozwadów)“ der „Mapa taktyczna Polski“ (Taktische Karte Polens) 1:100.000 der polnischen Armee, Warschau 1938

Public Domain, zur Verfügung gestellt vom Institut für Geografie und Raummanagement der Jagiellonen-Universität Krakau

aus Mährisch-Ostrau, der in Israel den Namen Seev Goshen annahm, und des tschechischen Historikers Mečislav Borák – und eigenen Archiv- und Literaturrecherchen schildert Garscha die einzelnen Deportationen nach Nisko. Er zeigt die Pläne, Entscheidungsketten, Konkurrenzen und Befehlsstrukturen auf Seiten der NS-Machthaber, insbesondere um Adolf Eichmann auf, thematisiert die erzwungene Kollaboration der Jüdischen Gemeinden und schildert anhand von Zeitzeugenaussagen den Ablauf der Transporte und die Geschehnisse vor Ort. Die Männer, die nach Abbruch der Aktion im April 1940 nach Wien zurückkehren konnten, fielen größtenteils den späteren Verfolgungen zum Opfer.

Auf der Grundlage detaillierter und umfassender Kenntnisse in historische, geografische und kulturelle Zusammenhänge in den Regionen in der ersten Hälfte des

20. Jahrhunderts lässt der Autor ein umfassendes Bild der Ereignisse erstehen. In jahrzehntelanger Arbeit ist es – in erster Linie durch die namentliche Erfassung der Holocaust-Opfer durch das DÖW – gelungen, Todesdatum und Ort der Ermordung des Großteils der deportierten jüdischen ÖsterreicherInnen zu eruieren. Zu fast 64.300 der vermutlich mehr als 66.500 Ermordeten sind die Daten auf der Website des DÖW abfragbar. Von den fast 1600 Männern, die im Oktober 1939 mit den ersten beiden Deportationszügen vom Wiener Aspangbahnhof nach Nisko am San transportiert wurden, konnten bislang aber erst wenige Hundert Schicksale rekonstruiert werden. Bei allen anderen ist ungewiss, ob sie im Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete an Hunger und Krankheiten zugrunde gingen, ob sie von den Nationalsozialisten nach dem deutschen Überfall auf die Sow-

Liebe Mutter u. Grete! Habe von Vater die Karte v. 28. XII. 1939
 erhalten und auch Deine v. 25. XI. bin sehr erfreut und es ist für mich
 das wertvollste Geschenk wenn ich von Euch ein Schreiben
 erhalte. Schreib oft den es dauert ungefähr 4 Wochen bis
 das Schreiben in Händen bekomme. Vater habe die Karte
 sofort beantwortet und war das erste Lebenszeichen von
 Euch. Deine Karte beantwortete ich auch sofort. Habe sehr
 oft geschrieben und hoffe dass es auch in Euren Händen ist.
 Eva habe auch gratuliert zu Ihren Geburtstage und Grete
 und Patsies Mutter die besten Weihnachtsgüsse auch
 Neujahrsgüsse gesendet, sowie für alle Freunde und
 Bekannten. Es freut mich dass es Euch gut geht und mir
 geht es auch gut und bin gesund. Freue mich über den
 Garantie Brief und werde mich erkundigen ob ich von
 hier aus mit dem amerikanischen Konsulate in Verbin-
 dung komme. Es ist zwar schwer vielleicht kannst Du
 von Zuhause aus besser die Verbindung zwischen den
 amerikanischen und Moskau eher herstellen. Habe jetzt
 bei Erdäpfel wo ich mich durch allzulebte bekomme alle
 Hausarbeiten abgemacht. Schreib oft und bald und wie es

Postkarte von Walter Weiner an seine Frau Grete, Lemberg, 28. 12. 1939. Er war einer der jüdischen Flüchtlinge, die vom NKVD in ein Zwangsarbeitslager eingewiesen wurden; dort verliert sich seine Spur.

Eva Weiss



Willi Grünwald (1. Reihe links) mit Schicksalsgefährten in Sdolbunow, ca. November 1940

Oskar Grünwald

jetunion in Lemberg oder einem anderen Zufluchtsort in den besetzten Gebieten der Sowjetunion ermordet wurden, ob sie als Häftlinge oder Zivilinternierte in einem sowjetischen Lager starben – oder ob sie überlebten und nach 1945 freiwillig in der UdSSR blieben.

Einige Biografien, wie sie in den kommenden Jahren für möglichst viele der österreichischen Deportierten erstellt werden sollen, stellte Claudia Kuretsidis-

Haider für den Beitrag „Du darfst nicht glauben, dass ich mutlos bin“. Biografische Skizzen zu Nisko-Deportierten aus Wien zusammen. Im Zentrum steht dabei das Schicksal von Wilhelm Grünwald, der auf dem Jahrbuchcover mit Schicksalsgefährten zu sehen ist. Grünwald wurde mit dem 1. Transport von Wien nach Nisko deportiert und dann über die deutsch-sowjetische Demarkationslinie in die UdSSR getrieben. Im Oktober 1942 wurde er im Zuge der Liquidierung des

Ghettos Sdolbunow zusammen mit 1500 Juden und Jüdinnen von einem deutschen Sonderkommando erschossen. Das Foto wurde zusammen mit vielen anderen Informationen von seinem Sohn Oskar Grünwald zur Verfügung gestellt, der in den vergangenen Monaten viele Gespräche mit Claudia Kuretsidis-Haider geführt und auch an der Nisko-Konferenz im September 2019 mitgewirkt hatte. Kuretsidis-Haiders Beitrag enthält Auszüge aus Briefen an Grünwalds Ehefrau Aloisia, die mit dem kleinen Sohn in Wien zurückgeblieben war und um den Ehemann bangte, den sie nie wiedersehen sollte.

Der Beitrag geht dem Schicksal weiterer Deportierter nach: Walter Weiner, die Brüder Baumann, Leopold Sonnenfeld, Robert Deman, Hans Steinschneider, Josef Berger, Fritz Rerucha, Wilhelm Merl. Fotos aus früheren, glücklicheren Tagen, Dokumente der Verfolgung, verzweifelte Briefe an Angehörige umreißen die Konturen dieser so unverschuldet tragischen Leben.

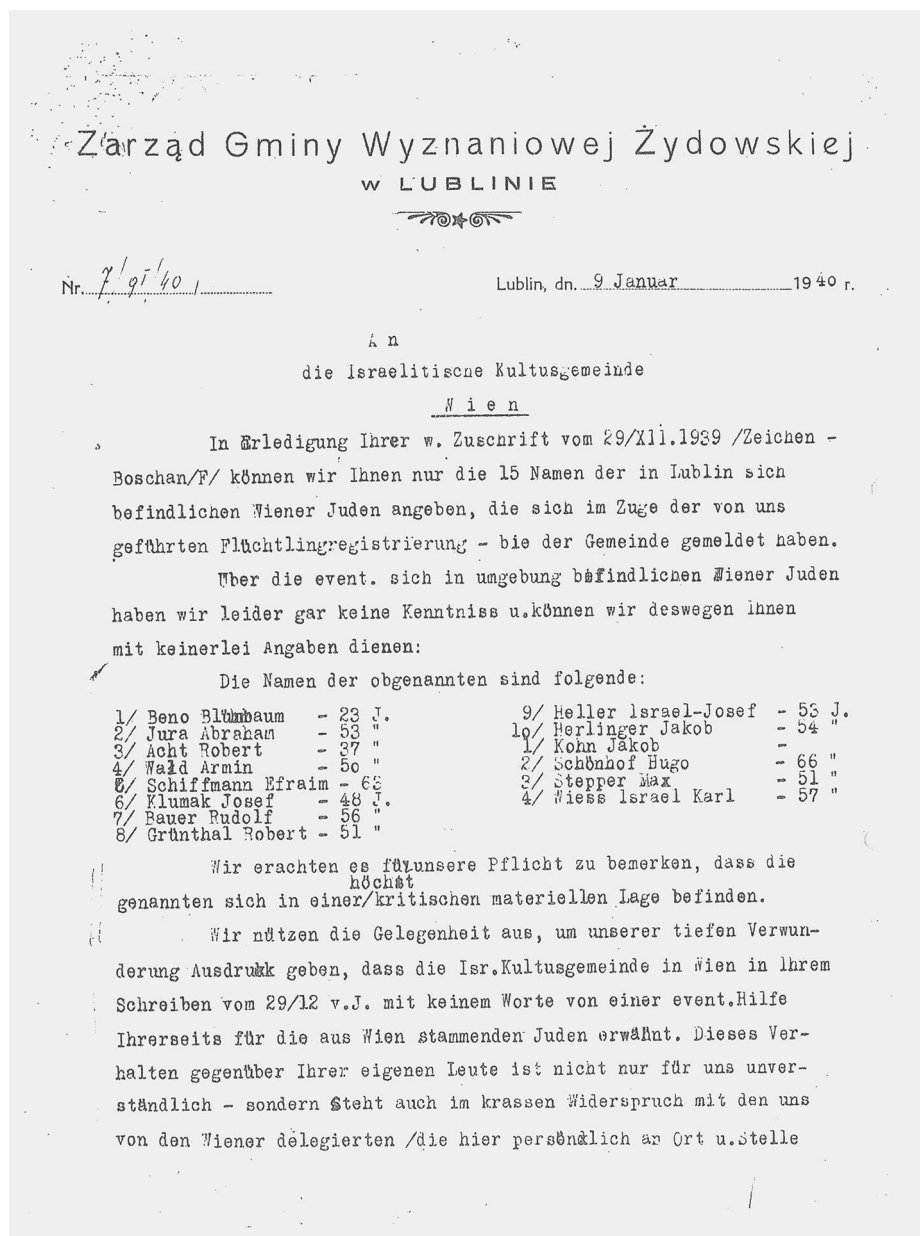
Während der Beitrag von Kuretsidis-Haider aus den privaten Briefen der Deportierten zitiert, thematisiert die Stellvertretende Leiterin des Zentrums für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte München, Andrea Löw, die Hilferufe an die IKG: „Die Lage ist unter diesen Umständen sehr unsicher“. Briefe deportierter Wiener Juden vom Herbst 1939 bis zum Frühjahr 1940 an die Israelitische Kultusgemeinde Wien. Perfide haben die NS-Machthaber die Jüdischen Gemeinden allerorten in die jeweiligen Verfolgungsmaßnahmen verstrickt und zur Mitarbeit gezwungen. Ohne Alternative und im Bemühen, das Beste für die ihnen Anvertrauten zu erreichen, führten die Vertreter der Kultusgemeinden einen aussichtslosen Kampf. Gerade die Wiener Kultusgemeinde konnte ihre deportierten Mitglieder im fernen Nisko nicht substantiell unterstützen, was die Verzweiflung vieler Deportierter in Verbitterung umschlagen ließ. Hinzu kam, dass die Deportationen in wesentlichen Schritten von der IKG mitorganisiert werden mussten. Sie hatte die Listen jener Unglücklichen zu erstellen, diese zu informieren und zum Bahnhof zu bringen.

Die Repräsentanten der Jüdischen Gemeinden wurden ebenso getäuscht wie die Deportierten selbst: Weder Arbeit noch gute Verpflegung erwarteten sie in dem neuen „Siedlungsgebiet“. Schon der Transport, erst recht die Ankunft waren geprägt von Entbehrungen und Misshandlungen, die wenigsten wurden in das rudi-

mentäre Lager vor Ort aufgenommen. Ohne Habseligkeiten, ohne Papiere irrten viele Wiener Juden, die es nicht über die Demarkationslinie in die Sowjetunion geschafft hatten, herum, wurden ausgeraubt und ließen sich vollkommen mittellos in umliegenden Orten nieder. Angewiesen auf die Unterstützung der Bevölkerung vor Ort, die mit den Tausenden Ankömmlingen überfordert war, versuchten sie sich zu organisieren und Hilfe aus Wien zu erlangen. Die jüdische Bevölkerung war selbst verarmt, die „polnische“ den Flüchtlingen gegenüber ablehnend eingestellt. Andrea Löw zitiert aus den Briefen von Wiener Juden – auch aus der sowjetischen Zone erreichten manche Schreiben Wien – an die amerikanische Hilfsorganisation *American Jewish Joint Distribution Committee*, an die Israelitischen Kultusgemeinden in Wien und Mährisch-Ostrau sowie an die Jüdische Gemeinde in Lublin. Die Wiener Gemeinde konnte etwas Unterstützung nur über Mährisch-Ostrau übermitteln, solange Hilfe überhaupt möglich war.

Olga Radchenko, Professorin für Tourismus und Hotelwesen an der Universität Cherkassy (Ukraine), sichtete für ihren Artikel *Jüdische Nisko-Deportierte aus Wien in der Sowjetunion* vor allem Ermittlungsakten des sowjetischen Innenministeriums NKWD in ukrainischen Archiven, die Informationen, Dokumente, Privataufnahmen, Fotos, Briefe zu den Deportierten aus Wien enthalten. Die Unterlagen sind seit 2015 Forschenden zugänglich. Weitere Informationen stammen aus russischen Datenbanken (base.memo.ru) und der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem.

Anhand dieser Unterlagen – darunter Dokumente sowjetischer Behörden und Aussagen der Betroffenen selbst – zeichnet Radchenko das Schicksal von 30 Juden nach, die nach ihrer Ankunft in Nisko in die Sowjetunion getrieben wurden oder sich dorthin flüchteten. Sie schildert die Flucht auf sowjetisches Gebiet, die Ankunft der meisten schließlich in Lemberg (Lwiw), die Verhöre nach der Ankunft in der Sowjetunion und die allgemeine Lage in diesem Teil des Landes angesichts Hunderttausender Flüchtlinge. Es mangelte auch dort an Nahrungsmitteln und Unterkünften. Viele Geflohene meldeten sich zur Arbeit im Inneren der Sowjetunion, andere wollten weiterreisen oder zu ihren Familien nach Wien zurückkehren. Die Meldung zur Aus- oder Rückreise zog ab Frühjahr 1940 die Verhaftung und Deportation in Arbeitslager nach sich. Aber auch Bemühungen der Wiener Juden, ihre Fa-



Der Judenrat in Lublin drückte am 9. Jänner 1940 der IKG Wien gegenüber sein Unverständnis über ausbleibende Hilfeleistungen für die aus Wien deportierten Juden aus.

Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 2747

milienangehörigen nachzuholen, führten paradoxerweise oft zur Verhaftung.

Die Männer wurden ins Gulagsystem gezogen, das ständig Nachschub an Arbeitskräften brauchte. Um der Inhaftierung einen Anstrich von Legalität zu geben, wurden sie aufgrund des illegalen Grenzübertritts zu mehreren Jahren Zwangsarbeit (in Bergwerken, bei der Holzgewinnung, bei großen Bauprojekten) verurteilt. Die Lebensbedingungen in den Lagern waren elend, viele gingen an Erschöpfung zugrunde, waren physisch und psychisch den Entbehrungen auf Dauer nicht gewachsen. Hinzu kamen die stalinistischen Repressionen, verstärkt ab dem Sommer 1941, im Zuge derer langjährige Haftstrafen oder Todesurteile wegen vermeintlicher

Spionage und anderer Vorwürfe ausgesprochen wurden. Dennoch waren die Überlebenschancen in der Sowjetunion ungleich besser als in den von den Nationalsozialisten besetzten Gebieten, wo die gesamte jüdische Bevölkerung gezielt ermordet wurde.

Nach dem Ende der NS-Herrschaft kamen manche, die die sowjetischen Lager überlebt hatten, nach Österreich zurück. Wenige wollten allerdings hier bleiben, sondern viele bemühten sich um die Ausreise vor allem in die USA. Für andere bedeutete das Kriegsende hingegen keine Befreiung. Sie meldeten sich bei der österreichischen Vertretung in Moskau, erhielten Papiere und etwas Geld und suchten um eine Ausreisegenehmigung an. Dies führte ab

Ende der 1940er-Jahre zu ihrer neuerlichen Verhaftung, erneuten Spionagevorwürfen (früher für Deutschland, nun für die USA) und weiteren Verurteilungen. Manche wurden wiederum wegen des illegalen Grenzübertretts 1939 (nach der Verreibung durch die Nationalsozialisten) verurteilt. Vielen geflüchteten und mit knapper Not der Vernichtung entkommenen Juden war damit nach dem Kriegsende ein schwereres Los beschieden als den meisten ihrer Naziverfolger. Erst nach Stalins Tod 1953 wurden die Urteile aufgehoben und die sich noch in der Sowjetunion aufhaltenden Nisko-Deportierten durften ausreisen. Einzelne blieben freiwillig in der Sowjetunion. Etwa 80 Personen sind nach Österreich zurückgekehrt.

Am Bahnhofsgelände in Nisko erinnert seit 1992 eine Tafel an die Deportationen: ein polnischer Auschwitz-Überlebender, der nach Kanada emigriert war, hatte sie in Erinnerung an die jüdischen Mitbürger anbringen lassen.

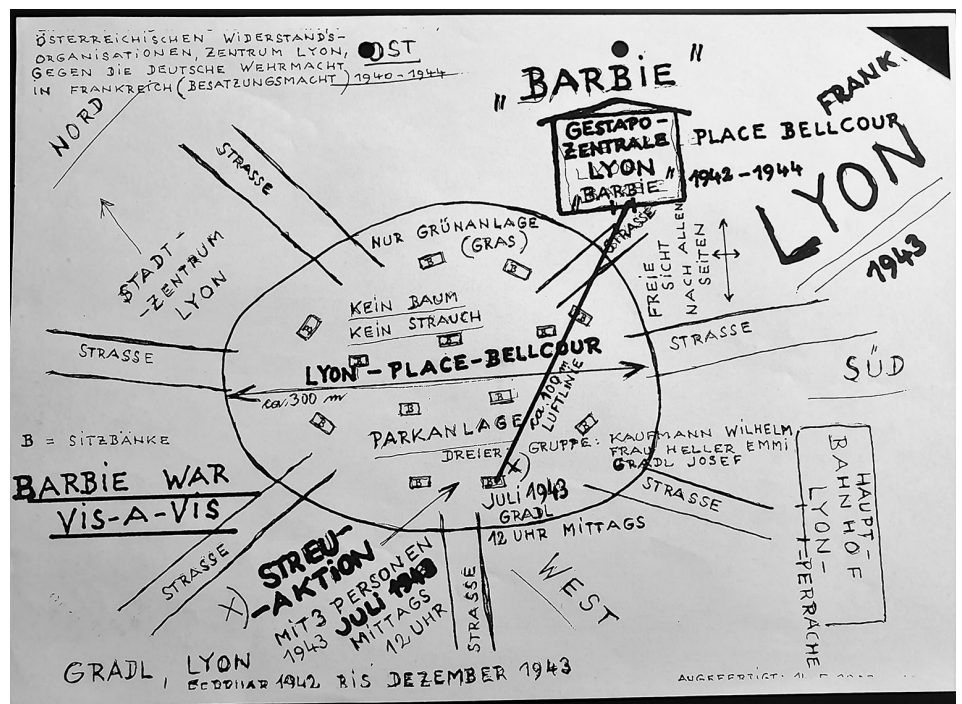
Doch nicht nur das Schicksal so vieler nach Nisko deportierter Männer liegt nach wie vor im Dunkeln. Auch an Ludwig Dub erinnert sich niemand mehr, weil es nichts mehr gibt, das an ihn erinnert, schreibt der Bibliothekar des DÖW Stephan Roth in seinem Beitrag „Ein paar Watschen kannst haben, du [...]“. Zur „Arisierung“ der Apotheke „Zum heiligen Georg“ in Himberg bei Wien. Um diesem Umstand abzuwehren und die Geschichte des Himberger Apothekers und seiner Familie festzuhalten, recherchierte Roth in den Akten diverser Archive, in örtlichen Gemeindechroniken, pharmazeutischen Zeitschriften sowie lokalen Zeitungen und Studien.

Ludwig Dub absolvierte schon einen Teil seiner Ausbildung in den 1890er-Jahren in Himberg im niederösterreichischen Industrieviertel und kehrte nach dem Pharmaziestudium in Wien noch vor dem Ersten Weltkrieg dorthin zurück, wo er die Apotheke *Zum heiligen Georg* übernahm. Er war ein tüchtiger Apotheker und angesehenen Bürger seiner Stadt. Roth skizziert nicht nur die Lebensgeschichte Dubs und seiner kleinen Familie, sondern auch die geschichtliche Entwicklung der Stadt. Anhand zeitgenössischer Quellen entwirft der Autor das düstere Bild der „Anschluss“-Tage 1938. Die Beraubung der Familie Dub durch Karl und Maria Meixner zeichnet Roth im Detail nach. Ludwig Dub und seine Frau Irma wurden vertrieben, nach Riga deportiert und ermordet, ihre einzige Tochter Ernestine nahm sich im englischen Exil das Leben.

Das Ehepaar Meixner überlebte den Krieg. Als „Ariseur“ und „Alter Kämpfer“ – Mitglied der NSDAP bereits seit 1932, treues Mitglied der Partei auch in der Zeit, als Österreich um seine Unabhängigkeit rang – erwartete Meixner in der Zweiten Republik ein Volksgerichtsverfahren. Deswegen Verlauf und Ausgang, das Bemühen der Himberger Gemeinde um posthume Gerechtigkeit für Ludwig Dub und das geschäftliche Geschick der „Ariseurin“ Maria Meixner runden dieses Kapitel österreichischer Geschichte ab. Offen bleibt, wie künftig die Erinnerung an die Familie Dub in ihrer einstigen Heimatgemeinde Platz finden wird.

Der Historiker Hans Schafranek thematisiert in seinem Beitrag *Österreicher und Österreicherinnen im französischen Widerstand gegen die deutsche Besatzung: der „Travail Allemand“ (TA)* den Anteil der ÖsterreicherInnen in der Résistance, die neben gebürtigen Franzosen und Französinnen sowie anderen MigrantInnen aus ganz Europa, vor allem Juden und Jüdinnen, gegen die deutsche Besatzung arbeiteten. Schafranek analysiert die Forschungslage zur Bedeutung des Widerstandes von EmigrantInnen, die Strukturen, Arbeitsweise und Personen der (jüdisch-kommunistischen) Widerstandsbewegung. Der Begriff *Travail Allemand* bezeichnet eine bestimmte Art der Widerstandstätigkeit der deutschsprachigen Emigration in Frankreich und Belgien, die durch Agitation, Propaganda und Infiltra-

tion deutscher Institutionen wirken sollte. Die Entstehung des *Travail Allemand*, das Leitungsgremium und der Anteil von ÖsterreicherInnen und Deutschen werden ebenso dargestellt wie die einzelnen „Arbeitsbereiche“: die Herstellung und Verbreitung von Untergrundzeitungen und Flugblättern, die Infiltration der Besatzungsinstitutionen und die sogenannte Soldatenarbeit der Mädelgruppen. Junge Frauen sollten Angehörige der Deutschen Wehrmacht beeinflussen – ein riskantes Unterfangen, das nicht selten mit Verhaftung, Folter und Deportation endete. Viele, fast ausnahmslos jüdische Frauen – manche von ihnen waren später im DÖW aktiv –, riskierten damals ihr Leben: Ester Tencer, Lotte Brainin, Gerti Schindel, Gisela Steinmetz, Rosel Jungmann, Lisa Gavric, Toni Lehr u. v. a. m. Irma Hirsch und ihr kleiner Sohn Georg wurden von Drancy nach Auschwitz deportiert und ermordet; Ester Tencer, die von Malines nach Auschwitz kam, überlebte das Vernichtungslager und arbeitete viele Jahre im DÖW – ihr widmeten Winfried R. Garscha, Claudia Kuretsidis-Haider und Heinz Arnberger im Jahrbuch 2012 einen Beitrag. Toni Lehr kam getarnt als Fremdarbeiterin von Frankreich ins Deutsche Reich, wurde verhaftet, ins KZ Ravensbrück deportiert und wirkte nach der Befreiung im KZ-Verband. Auch Gerti Schindel kam als französische (elsässische) Zivilarbeiterin getarnt zurück, flog wie fast alle auf und wurde nach Auschwitz deportiert; René Hajek, ihr Partner



Schauplatz einer Streuaktion des *Travail Allemand* in Lyon
DÖW

und Vater ihres Sohnes Robert Schindel, der im Exil geboren worden war, wurde in Dachau ermordet.

2018 veröffentlichte die Linzer Soziologin und historische Sozialforscherin Maria Prieler-Woldan ihre viel beachtete Monografie über Maria Etzer: *Das Selbstverständliche tun. Die Salzburger Bäuerin Maria Etzer und ihr verbotener Einsatz für Fremde im Nationalsozialismus*. Im vorliegenden Jahrbuch konzentriert sich die Autorin auf diese spezifische Art des Widerstandes und den Umgang der Nachkriegsgesellschaft mit den widerständigen Frauen: „Der verbotene Umgang erfolgte bei Etzer nicht aus politischen Gründen ...“ *Das Schicksal einer in der NS-Zeit verfolgten Bergbäuerin*. Skizziert werden die Delikte des „verbotenen Umgangs“ und die Situation auf den Bauernhöfen, die vielfach zivile und kriegsgefangene Zwangsarbeitskräfte, Frauen wie Männer, anstelle der eingerückten Männer beschäftigten. Die gemeinsame Arbeit und engen Lebensverhältnisse führten zu Konflikten ebenso wie zu Naheverhältnissen. Da Kontakte zwischen „Deutschen“ und den nahezu rechtlosen „Ausländern“ von den Nationalsozialisten rigoros unterbunden wurden, gefährdeten schon elementarste menschliche Handlungen die Beteiligten, erst recht (vermeintliche oder tatsächliche) Liebesverhältnisse. Polnischen oder russischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern drohte dafür der Tod, den „deutschen“ Frauen Gefängnis und Konzentrationslager. Maria Etzer beschäftigte französische Zwangsarbeiter, behandelte sie wie auch die ukrainische Zwangsarbeiterin auf dem Hof menschlich und ermög-

lichte ihnen das Zusammentreffen mit ihren Landsleuten.

Wer die mehrfache Mutter und Großmutter angezeigt hat, ist bis heute nicht bekannt. Sie wurde 1943 verhaftet und vom Sondergericht Salzburg wegen „verbotenen Umgangs“ zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, die sie in Bayern verbüßte. Die Franzosen wurden vor ein Feldkriegsgericht gestellt und zu Haftstrafen verurteilt; ob sie überlebt haben, ist nicht bekannt. Nach dem Krieg kämpfte Maria Etzer gegen Stigmatisierung und – erfolglos – um eine Opferrente. Ihr Widerstand wurde als nicht wesentlich und nicht politisch eingestuft. 75 Jahre nach ihrer Verurteilung und mehr als 50 Jahre nach ihrem Tod fanden die Bemühungen ihrer Enkelin Brigitte Menne breitere Akzeptanz: Das Sondergerichtsurteil wurde 2018 aufgehoben und Maria Etzer vollständig rehabilitiert.

Der Widerstandskämpfer und Volksbildner Peter Kammerstätter hatte sich zeitlebens der Erforschung des Widerstands im Salzkammergut gewidmet und 1978 eine umfangreiche *Materialsammlung über die Widerstands- und Partisanenbewegung Willy-Fred. Freiheitsbewegung im Oberen Salzkammergut – Ausseerland 1943–1945* vorgelegt, die die Grundlage für weitere Regionalstudien bildete. Kammerstätter würdigte darin – wie die Autoren des Jahrbuchbeitrages Klaus Kienesberger und Lukas Meissel – auch den Anteil der Frauen entsprechend ihrer großen Bedeutung in der Partisanenbewegung. Der Kommunikationshistoriker Kienesberger und der Historiker Meissel, derzeit Doktorand an der Universität Haifa, führen

in ihrem Artikel *Widerstandsfragmente. Struktur und Überlieferungsgeschichte des Widerstands gegen den Nationalsozialismus im Ausseerland* Überlegungen zu Überlieferungsgeschichte und Quellen dieses regionalen Widerstands aus, stellen seine Struktur und Verflechtung im lokalen Kontext dar und beleuchten insbesondere die Rolle der bekanntesten Protagonisten Sepp Plieseis und Albrecht Gaiswinkler. Zentrale Widerstandsaktivitäten werden von den Autoren auf ihre Glaubwürdigkeit eingeschätzt und die aufbrechenden Konfliktlinien nach der Befreiung miteinbezogen. Grundsätzlich, halten die Autoren fest, führt das Wesen von Widerstand, im Verborgenen handeln zu müssen, oft zu einer dünnen Quellenlage und schwierigen Überlieferungsgeschichte.

Mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand (GDW), Berlin, verbindet das DÖW eine langjährige Partnerschaft, die immer wieder in gemeinsame Projekte mündet. Derzeit erstellen DÖW-MitarbeiterInnen den Österreich-Band in der Reihe der GDW zu den JudenretterInnen in Europa. Peter Steinbach, Wissenschaftlicher Ko-Leiter (gemeinsam mit Johannes Tuchel) der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, ist Mitglied in der Jury des Herbert-Steiner-Preises, der vom DÖW verliehen wird, und regelmäßiger Vortragender und Autor bei Veranstaltungen und in Publikationen des Dokumentationsarchivs. Im Beitrag *Entgrenzung des Rechts durch Polizei und Justiz in der NS-Zeit* geht Steinbach der Entwicklung der deutschen Rechtsprechung im Nationalsozialismus sowie ihrem Verhältnis zur NSDAP und zur Polizei nach. Der Rechtsstaat, wie ihn Demokratien zum grundlegenden Prinzip haben, war naturgemäß ein Hauptfeind der Nationalsozialisten, die Gewaltenteilung – gesetzgebende Institutionen, eine unabhängige Justiz und eine exekutierende Verwaltung – eines ihrer ersten Opfer. Die Justiz wurde nach 1933 rasch gleichgeschaltet und arbeitete effizient mit dem übermächtigen Polizeiapparat zusammen. Richter – Frauen bekleideten dieses Amt damals noch nicht – waren dem „Führer“ und der Partei verpflichtet, Sonderrechte für verschiedene Gruppen beendeten den Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz. Die Umwandlung des Rechtssystems erfolgte laut Steinbach ohne nennenswerte Gegenwehr. Sondergerichte, darunter der berüchtigte Volksgerichtshof, wurden geschaffen, das Strafrecht wurde zur Waffe im politischen Kampf, ein willkürlich behauptbares „Volksempfinden“ wurde



Maria Etzer (2. von rechts) wurde wegen „verbotenen Umgangs“ verurteilt.

samt „Führerwillen“ zum Maßstab von Urteilen.

Steinbach skizziert die Pläne der Protagonisten des Juli 1944 für eine unabhängige Rechtsprechung und Nachkriegsordnung, die nach dem Scheitern des Umsturzversuches genau dieser politischen Justiz zum Opfer fielen. Nach der Befreiung mussten die Hinterbliebenen viele Jahre um ihr Recht, ihre Anerkennung und um Unterstützung kämpfen. Die Witwen und Waisen der hingerichteten Widerstandskämp-

fer wurden oft mit Hinweis auf nach wie vor gültige Urteile wegen Landesverrats abgewiesen. Kein Angehöriger des VGH wurde von einem bundesdeutschen Gericht verurteilt, viele blieben nach Kriegsende im Dienst und machten Karriere.

Die Nazifizierung der österreichischen Justiz ist ein aktuelles Projekt des DÖW, das von Ursula Schwarz im Auftrag des Justizministeriums durchgeführt wird. Über diese und viele andere Forschungen

berichtet der Tätigkeitsbericht am Ende des Jahrbuchs. Die Projektmanagerin und Lektorin Christine Schindler beschreibt in *Erinnern, Erforschen, Erkennen* ausführlich das Wirken des DÖW als Archiv, Museum und Forschungsstätte 2019, seine Projekte und Veranstaltungen, die Publikationen und Vorträge seiner MitarbeiterInnen und vor allem auch die vielfältigen Vernetzungen und Kooperationen mit der österreichischen und internationalen Forschungs- und Gedenklandschaft.

Gerhard Baumgartner: Das Ende der Illusionen

Ansprache des wissenschaftlichen Leiters des DÖW im Rahmen der Gedenkfeier für die Opfer des Bombenattentats von Oberwart vor 25 Jahren, Oberwart, 4. Februar 2020

Das Bombenattentat von Oberwart war der erste politische Mord der Nachkriegszeit: ein Österreicher tötete vier seiner Landsleute aus politischen Motiven. Das Attentat markiert das Ende von fünf Jahrzehnten friedfertiger und konsensualer Politik in Österreich und ein Wiedererwachen eines mörderischen, rassistischen Rechtsextremismus. Erwin Horvath, Karl Horvath, Peter Sarközi und Josef Simon wurden Opfer einer rechtsextremen Ideologie, die sich gegen Minderheiten im eigenen Land und gegen Zuwanderer und Zuwanderinnen richtete und richtet.

Die Bombe von Oberwart war eine direkte Reaktion auf die Anerkennung der Roma als österreichische Volksgruppe. Mit einstimmigem Beschluss des Nationalrates vom 16. Dezember 1993 wurden die österreichischen Roma- und Sintigruppen unter der Bezeichnung „Volksgruppe der Roma“ als sechste österreichische Volksgruppe anerkannt. Dem war ein langes und zähes Ringen vorausgegangen. Schon seit den 1970er-Jahren hatten Vertreter der österreichischen Volksgruppen und internationale Roma-AktivistInnen immer wieder eine Anerkennung im Sinne des Volksgruppengesetzes 1976 gefordert. Am 15. Juli 1989 wurde hier in Oberwart der erste Vertretungsverein der Volksgruppe etabliert. Die Bemühungen des Vereins unter der Leitung des ersten Präsidenten Ludwig Papai

führten schon vier Jahre später zur offiziellen Anerkennung.

Mit dieser Anerkennung gelang es den österreichischen Roma und Sinti, wie es der erste Vorsitzende des Volksgruppenbeirates Prof. Rudolf Sarközi formulierte, einen Schritt vom Rand der österreichischen Gesellschaft in deren Mitte zu machen. Die Anerkennung markierte tatsächlich das Ende einer jahrhundertelangen institutionalisierten Verfolgungsgeschichte – auch durch die Republik Österreich.

In der Zwischenkriegszeit lebten rund 12.000 österreichische Roma und Sinti auf dem Gebiet des heutigen Österreich, die Mehrzahl davon, rund 9000, im Burgenland. Dem Rassenwahn und der Verfolgungspolitik der Nationalsozialisten fielen 90 Prozent der österreichischen Romabevölkerung zum Opfer. Zuerst als Zwangsarbeiter an zahlreichen Straßen-, Brücken- und Wasserkraftprojekten in Österreich ausgebeutet, wurden sie schließlich ab 1941 deportiert. 5000 von ihnen wurden in das Zigeunerlager Litzmannstadt im heutigen Lodz verschleppt und 1942 im Lager Chelmno ermordet. Tausende österreichische Roma und Sinti starben zwischen 1943 und 1945 im Zigeunerlager des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau.

Den wenigen, völlig traumatisierten Überlebenden schlug auch nach 1945 in ihrer Heimat eine Welle der Ablehnung entgegen. Ihre Häuser waren fast ausnahmslos zerstört, ihre Ansprüche auf Haftentschädigung und Opferfürsorge wurden über Jahrzehnte nicht anerkannt. Erst ab Ende der 1970er-Jahre konnten sie Anschluss an den österreichischen Lebensstandard der Nachkriegszeit finden. Doch vom Arbeitsmarkt – und damit auch vom Arbeits-

markt abgeschieden, auch wenn sogar die Seelsorgeeinrichtungen des Vatikans protestierten. Der Titel von Ceija Stojkas erstem, 1988 erschienen Buch fasste ihre Lage treffend zusammen: *Wir leben im Verborgenen*. Umso überraschender die schnelle Anerkennung als Volksgruppe ein paar Jahr später. Zweifellos dürfte bei der schnellen und friktionsfreien Anerkennung im Dezember 1993 auch der Umstand eine Rolle gespielt haben, dass Österreich vor seinem unmittelbar bevorstehenden EU-Beitritt und nach der sogenannten Waldheim-Affäre bemüht war, sein international angeschlagenes Image wieder aufzubürsten – und der Formalakt einer Anerkennung einer kleinen Gruppe von rund 5000 österreichischen Roma und Sinti schien dafür ein probates Mittel. Doch wie so oft sollte ein kleiner Schritt langfristig große, ungeahnte Wirkung entfalten.

Die direkte Auswirkung der Volksgruppenanerkennung war allerdings völlig unvorhergesehen, ja unvorhersehbar und katastrophal. Am 5. Februar 1995 tötet eine Bombe des steirischen Rassisten und Terroristen Franz Fuchs vier Angehörige der Volksgruppe. Der Bombenanschlag von Oberwart und die Briefbombenserien der Jahre 1993–1996 markieren den Beginn einer neuen Welle rassistischer und rechts-extremer Hetze und Gewalt in Österreich. Der Täter, der 1996 eher zufällig gefasst wurde, hatte bereits in den Jahren zuvor durch die Platzierung und Verschickung von Rohr- und Briefbomben versucht, mehrere Menschen zu töten. Pfarrer August Janisch, die ORF-Moderatorin Sylvana Meixner, der Wiener Bürgermeister Helmut Zilk und der burgenländische Gemeindebedienstete Erich Preisler überlebten schwer verletzt. Der Klagenfurter Polizist Theo Kelz verlor beim Versuch, eine Bombe von der Ein-

Diese Zeitung ist eine von
1.800 aus dem Leseprogramm von

APA-DeFacto GmbH
MEDIENBEOBACHTUNG

1060 WIEN, LAIMGRUBENGASSE 10
TEL.: 01/360 60 - 5123
E-MAIL: defacto@apa.at
INTERNET: <http://www.apa-defacto.at>

gangstür einer zweisprachigen Volksschule zu entfernen, beide Hände.

Für die Roma aber markierte das Attentat auch den Beginn einer völlig neuen Erfahrung. Erstmals in der Geschichte der österreichischen Roma solidarisierten sich die Organe der Republik und weite Teile der Bevölkerung mit ihnen. Am Begräbnis der Opfer, unter Anwesenheit des Bundespräsidenten sowie von Vertretern der Bundes- und Landesregierung, nahmen über 10.000 Menschen teil, es war eigentlich ein Staatsbegräbnis.

Politische FunktionärInnen machten es sich in den Folgemonaten zum Anliegen, sich bei allen öffentlichen Anlässen mit MinderheitenvertreterInnen zu zeigen. Plötzlich saßen Vertreter der Minderheit wie Rudolf Sarközi oder der Maler Karl Stojka in der ersten Reihe der Salzburger Festspiele, weitere waren Gäste auf den Sommerfesten des Bundeskanzlers und in Konfliktfällen Ansprech- und Verhandlungspartner von Ministern, Landeshauptleuten oder Polizeipräsidenten.

Zu den wesentlichen Erfolgen der Folgejahre und -jahrzehnte gehörte die Etablierung des Romafonds, die wissenschaftliche Dokumentation der österreichischen Romasprachen, die namentliche Erfassung der Holocaust-Opfer unter den österreichischen Roma und Sinti im Zuge der österreichischen Historikerkommission und erstmals maßgebliche Entschädigungszahlungen aus den eingerichteten Entschädigungsfonds an die überlebenden Opfer und die Nachfahren der Ermordeten. Als besonderes Beispiel sei ein europaweit richtungsweisendes Projekt hervorgehoben, das ebenfalls hier in Oberwart seinen Anfang nahm: die Etablierung der außerschulischen Lernbetreuung. 1995, zum Zeitpunkt des Attentats, hatte fast kein Bewohner und keine Bewohnerin der Romasiedlung Oberwart eine abgeschlossene Schul- oder eine Berufsausbildung. Mit Hilfe der außerschulischen Lernbetreuung gelang es, die schulischen und beruflichen Karrieren von Romakindern im Burgenland völlig dem burgenländischen Standard anzugleichen. Heute gibt es unter den österreichischen Roma und Sinti statistisch genauso viele MaturantInnen und Studierende wie in der übrigen österreichischen Bevölkerung.

Viele dieser Entwicklungen wurden und werden durch die Volksgruppenförderung des Bundeskanzleramtes in Abstimmung mit den Volksgruppenbeiräten unterstützt. Im Gegensatz zu Einrichtungen anderer Länder haben diese Beiräte jedoch kaum Befugnisse und ihre einzige Kompetenz beschränkt sich auf die Verteilung der stetig

schrumpfenden Förderung auf die Vereine der Volksgruppe. Österreichische Romapolitik hat wirkliche Erfolge zu verzeichnen, Volksgruppenbeiräte und Volksgruppenförderung gehören nicht dazu.

Sind also Rassismus und Antiziganismus in Österreich überwunden? Leben die österreichischen Roma heute ihr Leben befreit von rassistischen Vorurteilen oder Hetzkampagnen? Natürlich nicht!

Aber Österreich ist die unheilvolle Entwicklung seiner mittel- und osteuropäischen Nachbarländer erspart geblieben, wo Roma heute meist als eine geächtete, marginalisierte und diskriminierte Minderheit, oft in erbärmlichen Ghettos leben. Eine Studie des UNDP (*United Nations Development Program*) in Tschechien, Ungarn, Rumänien und der Slowakei zeichnet ein klares Bild. Dort wurden tausende Menschen, die sich selbst als Roma bekennen, befragt. Befragt wurden aber auch die sogenannten SozialexpertInnen ihrer Umgebung, also PolizistInnen, LehrerInnen, SozialarbeiterInnen und Gemeindebedienstete, wer denn ihrer Meinung nach sogenannte „Zigeuner“ in ihrer Gemeinde seien. Das Ergebnis war in allen vier Ländern gleich: Die Übereinstimmung zwischen denen, die sich selbst als Roma bezeichnen, und jenen, die von anderen für Roma gehalten werden, liegt nur knapp über 50 Prozent. Die Hälfte aller Roma wird nicht als Roma wahrgenommen, einfach weil sie nicht arm sind. Und die Hälfte aller Menschen, die für Roma gehalten werden, sind keine Roma, sondern einfach nur arm. Was wir hier sehen ist eine Ethnisierung der Armut. Und was tut man, wenn man schon arm, arbeitslos und marginalisiert ist und nun auch noch Gefahr läuft, zur diskriminierten Minderheit der sogenannten „Zigeuner“ gezählt zu werden? Man engagiert sich bei jenen Gruppen, die am radikalsten gegen die sogenannten „Zigeuner“ auftreten.

Diese rassistische Radikalisierung, wie wir sie vielerorts in unseren östlichen Nachbarländern erleben, ist uns bislang erspart geblieben, weil wir in Österreich die Ethnisierung der Armut und damit die Ethnisierung der Sozialpolitik vermieden haben, weil institutionalisierter Rassismus in Österreich als unvereinbar mit den demokratischen Grundwerten der Republik gilt; das war zumindest bis vor einigen Jahren unbestrittener Grundkonsens österreichischer Politik.

Wir dürfen uns nicht täuschen lassen: ethnisch-rassistische Politikansätze sind auch in Österreich wieder auf dem Vormarsch. Unser Pinkafelder Nachbar Norbert Hofer war federführend daran beteiligt, dass im

Programm der FPÖ neben dem Bekenntnis zur „deutschen Kultur- und Sprachgemeinschaft“ auch das Bekenntnis zur „deutschen Volksgemeinschaft“ wieder eine Rolle spielt. Und in direkter Konsequenz davon finden wir im aktuellen *Handbuch Freiheitlicher Politik* die Forderung nach unterschiedlichen Pensionsleistungen für autochthone und nicht-autochthone ÖsterreicherInnen, also für Einheimische und Nicht-Einheimische. Und wer wird in Zukunft dann beurteilen, wer als „einheimisch“ gilt und wer nicht? Hier ist eine Grenze überschritten! Nie wieder darf ethnisch-rassistische Politik in Österreich Fuß fassen. Die Gleichheit aller österreichischen StaatsbürgerInnen vor dem Gesetz – mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten – ist der Garant unserer Freiheit und unserer friedlichen Koexistenz. Dazu mahnen die vier Opfer von Oberwart: Erwin Horvath, Karl Horvath, Peter Sarközi und Josef Simon.

Suche: Materialien zur Familie Strasser

Die Historikerin Gabriella Hauch sucht persönliche Materialien zu ihrem Forschungsprojekt über die Linke in Österreich im europäischen Kontext am Beispiel der Familie Strasser:

Josef Strasser (1870–1935), Nadja Strasser (1871–1955), Alexander Strasser (1898–1974), Isa Strasser (1891–1970), Peter Strasser (1917–1962), Lieselotte Strasser (1919–1949), Jenny Strasser geb. Berger (1913–2009), Maria Strasser geb. Potocki.

Hinweise bitte an:

Univ.-Prof. Dr. Gabriella Hauch, Institut für Geschichte, Universitätsring 1, 1010 Wien, gabriella.hauch@univie.ac.at

Erinnerung an Maria Jonas

Am 11. März 2020 wurde am Wohnhaus der sozialdemokratischen Frauenpolitikerin Maria Jonas (1940–2018) – städtische Wohnhausanlage Turnergasse 23 in Wien-Fünfhaus – eine Erinnerungstafel angebracht. Jonas war zehn Jahre lang Generalsekretärin der Sozialistischen Frauen-Internationale und danach für die Vereinten Nationen tätig. 1997 war sie Mitinitiatorin des ersten Frauenvolksbegehrens. Nach ihrer Pensionierung war Maria Jonas, deren Vater der Shoah zum Opfer gefallen war, viele Jahre ehrenamtliche Mitarbeiterin des DÖW.

Markova, Ina: Tilly Spiegel. Eine politische Biografie. Wien–Hamburg: new academic press 2019. 228 S.

Die Wiener Historikerin Ina Markova hat sich bisher mit zwei Studien über Österreichs Umgang mit der NS-Vergangenheit einen Namen gemacht. Beide wurden vom DÖW mit dem Herbert-Steiner-Preis ausgezeichnet. 2019 gehörte sie zu den AutorInnen einer Biografie über das langjährige Mitglied der KPÖ-Führung Franz Marek. Im Zuge ihrer diesbezüglichen Recherchen stieß sie auf dessen Lebenspartnerin Tilly Spiegel, der sie nun eine eigenständige Studie widmete. Die meisten HistorikerInnen hätten angesichts der schwierigen Quellenlage wohl davor zurückgeschreckt, eine biografische Studie über die Kommunistin und Widerstandskämpferin Tilly Spiegel in Angriff zu nehmen. Durch umfangreiche Kontextualisierungen ist es Markova aber gelungen, eine umfassende Lebensgeschichte Spiegels vorzulegen.

Geboren wurde Tilly Spiegel 1906 in Nowosielitzka in der Bukowina als Tochter jüdischer Eltern. Die Familie flüchtete 1918 nach Wien, wo Spiegel bald Anschluss an die ArbeiterInnenbewegung fand. Ab 1927 gehörte sie dem kommunistischen Jugendverband bzw. der KPÖ an. Sie war Funktionärin der Wiener Stadtleitung und in den Jahren des Austrofaschismus aufgrund ihres Engagements in der illegalen KPÖ zwei Jahre inhaftiert. 1937 war sie im „Spanienapparat“ der KPÖ eingesetzt, wobei ihre Aufgabe darin bestand, österreichische und internationale Freiwillige auf ihrem Weg nach Spanien über die Schweizer Grenze zu schleusen. Nach ihrer Verhaftung und Ausweisung aus der Schweiz war Spiegel ab Mai 1938 im französischen Exil, wo sie im Sinne der kommunistischen Volksfrontstrategie kulturpolitisch aktiv war, etwa als Generalsekretärin des *Cercle Culturel Autrichien*. Nach Kriegsbeginn 1939 bis zum Einmarsch der Wehrmacht 1940 war sie für die gesamte Parteiorganisation der KPÖ in Frankreich verantwortlich und damit eine der führenden ParteifunktionärInnen im Exil. Sie schloss sich der Résistance an und nahm im Rahmen des *Travail Allemand* am antifaschistischen Widerstandskampf teil. Sie war an der Herstellung illegaler Zeitungen und an der „Soldatenarbeit“ bzw. „Mädelarbeit“ beteiligt, die auf die politische Beeinflussung von Wehrmachtssoldaten durch junge Öster-

reicherinnen abzielte. Die Befreiung von Paris im August 1944 rettete Spiegel, die wenige Tage zuvor von der Gestapo verhaftet worden war, das Leben.

Im August 1945 kehrte Spiegel nach Österreich zurück. Die folgenden Jahrzehnte standen ganz im Zeichen ihres Engagements für die KPÖ. Sie war Funktionärin der Wiener Stadtleitung, zunächst Leiterin ihrer Agitprop-Abteilung und danach in wechselnden, weniger „prominenten“ Positionen. Als nach dem Einmarsch der Warschauer Vertragsstaaten in Prag im August 1968 die KPÖ-internen Auseinandersetzungen eskalierten, stand Spiegel auf Seiten des Reformflügels um Franz Marek, mit dem sie seit dem französischen Exil zusammenlebte und den sie 1947 geheiratet hatte. Ein Austrittsschreiben ist nicht überliefert, es steht aber fest, dass sie die KPÖ 1970 verließ. In den Kreisen ausgeschlossener und ausgetretener KommunistInnen um das *Wiener Tagebuch* spielte Spiegel keine Rolle. Dies hängt auch damit zusammen, dass Marek Chefredakteur dieser Zeitschrift war, ihre Ehe mit ihm aber Ende der 1960er-Jahre in die Brüche gegangen war. Die damalige „Parteikrise“ der KPÖ war damit nicht nur eine markante politische Zäsur, sondern auch ein tiefer Einschnitt auf persönlicher Ebene.

Bereits in den 1960er-Jahren trat Spiegel als Historikerin der österreichischen Widerstandsbewegung hervor. Sie war Mitglied der Historischen Kommission der KPÖ und mit Herbert Steiner und anderen am Aufbau des DÖW beteiligt. Obwohl ohne akademische Ausbildung, übernahm sie eine Pionierrolle bei der Erforschung von zwei Themen: 1967 erschien ihre Studie über Frauen im Widerstand, zwei Jahre später jene über den österreichischen Widerstand in Frankreich und Belgien. Beide Werke wurden in der DÖW-Schriftenreihe *Monographien zur Zeitgeschichte* veröffentlicht. Spiegel stützte sich dabei auf zahlreiche von ihr geführte Interviews mit WiderstandskämpferInnen, lange bevor es den Begriff *Oral History* gab. Tilly Spiegel war bis zu ihrem Tod im Jahr 1988 als ehrenamtliche Mitarbeiterin im DÖW engagiert, wo sich auch ihr nicht sehr umfangreicher Nachlass befindet.

Markova setzt Spiegels Lebensweg dergestalt mit der allgemeinen geschichtlichen Entwicklung und dem politischen Umfeld in Bezug, dass selbst geschichtswissenschaftliche ExpertInnen aus ihrer Darstellung größten Nutzen ziehen. Neben den zentralen Bruchlinien der österreichischen

Zeitgeschichte gehören die Kommunismusforschung, Widerstandsforschung und Frauenforschung zu ihren wesentlichen Bezugspunkten. In letzterer Hinsicht besteht Markovas Anspruch darin, eine politische Aktivistin aus der „zweiten Reihe“ ins Bewusstsein zu rufen, die nicht nur als Frau, sondern auch als Jüdin und Kommunistin von „multiplen Ausschlussmechanismen“ betroffen war. Einleitend wird Spiegels Kindheit und Jugend umfassend in das jüdische Leben in der Bukowina eingebettet. Ihr weiterer Lebensweg wird eng geführt mit der Sozial- und Politikgeschichte der kommunistischen Bewegung in Österreich. Ein Schwerpunkt der Darstellung ist der antifaschistische Widerstand in Frankreich, den auch Spiegel selbst als wichtigste Periode ihres Lebens angesehen hat. Einzelne innenpolitische Aspekte und weltpolitische Ereignisse der Jahre nach 1945, wie etwa der Algerienkrieg oder die Gründung des DÖW in den 1960er-Jahren, werden gekonnt mit der politischen und journalistischen Arbeit von Spiegel verwoben. Eine weitere Ebene der Kontextualisierung besteht darin, die Darstellung von Spiegels Vita mit den Erinnerungen anderer österreichischer KommunistInnen zu verknüpfen.

Während „populär“ aufgeäumte Publikationen oftmals auf nur oberflächlicher Quellenrecherche beruhen und die Berücksichtigung des Forschungsstands zu meist nicht als deren augenfälligstes Merkmal angesehen werden kann, vereint die vorliegende Biografie zweierlei Vorzüge: Sie beruht auf intensivem Quellenstudium und solider Interpretation des recherchierten Materials. Markovas Kenntnis der einschlägigen Forschungsliteratur ist als geradezu lückenlos anzusehen. Darüber hinaus gelingt es der Autorin, wissenschaftliche Akribie mit einem lockeren und flüssigen Stil zu kombinieren, was die Lektüre zu einem vergnüglichen Erlebnis werden lässt.

Manfred Mugrauer

Karner, Stefan, Barbara Stelzl-Marx (Hrsg.): Migration. Flucht – Vertreibung – Integration. Wien–Graz: Leykam 2019. 337 S. (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann Instituts für Kriegsfolgenforschung, Sonderband 21)

Wolfgang Sobotka, Präsident des österreichischen Nationalrats, weist in seinem Vorwort darauf hin, dass Migration kein

neues Phänomen der österreichischen Geschichte, sondern eine permanente Begleiterscheinung ist. Die große Zahl von Migranten und die Verschiedenheit der Motive sowie der Herkunftsregionen führten und führen in Europa zur Polarisierung in der Gesellschaft. Der Grazer Historiker Stefan Karner umreißt in der Einleitung, worum es in dem Band, der auf einer Konferenz im Oktober 2016 beruht, geht: Migration im Zweiten Weltkrieg und ihre Folgen für Österreich, die Nachkriegszeit bis zum Ungarnaufstand 1956, die Periode des Kalten Krieges und schließlich die aktuelle „Flüchtlingskrise“ des Jahres 2015. Manfred Kittel (Regensburg) beschäftigt sich in seinem Beitrag mit „Migration und Vertreibungen während des Zweiten Weltkrieges“. Unter Einbeziehung der unmittelbaren Vor- und Nachgeschichte sieht er im Jahrzehnt 1938 bis 1948 drei Haupttypen der Migration – Zwangsarbeit, Flucht aufgrund des Kriegsgeschehens sowie ethnopolitisch motivierte Vertreibung und Vernichtungsmigration. Für das Phänomen der ethnopolitisch motivierten Vertreibungen greift er in einem Exkurs bis zur Französischen Revolution zurück, als ein Konventsabgeordneter 1793 die Forderung erhob, ein Viertel der Einwohner des Elsass und Ostlothringens zu guillotinierten. Dazu kam es dann nicht, jedoch waren selbst die demokratischen Staaten Frankreich und Großbritannien bereit, im Vertrag von Lausanne der bis 1923 größten ethnischen Säuberung – dem Bevölkerungsaustausch zwischen der Türkei und Griechenland – zuzustimmen.

Peter Wassertheurer (Wien) untersucht die Deportation von Juden und den Holocaust in Rumänien, wobei er auch auf Antisemitismus und Xenophobie in den Fürstentümern Moldau und Walachei eingeht.

Im Beitrag von Arunas Bubnys (Vilnius) über Zwangsarbeiter aus dem „Reichskommissariat Ostland“ in Österreich 1941–1945 werden Schicksale von litauischen Zwangsarbeitern geschildert, die hier freiwillig oder unfreiwillig zum Einsatz kamen. Das „Reichskommissariat Ostland“ bestand aus den drei ehemals baltischen Staaten sowie dem westlichen Weißrussland mit der Hauptstadt Minsk. Trotz Werbemaßnahmen wie Einladung von Arbeiterdelegationen nach Deutschland, die dann in der Presse propagandistisch ausgeschlachtet wurden, meldete sich nur eine geringe Anzahl Freiwilliger. Daher wurden Gruppen von Männern vorgeladen und auf ihre Tauglichkeit für den Arbeitsdienst im Deutschen Reich geprüft. Wer tauglich war, wurde zwangsverpflichtet. So gelangten bis Anfang 1943 rund

12.000 Litauer ins Deutsche Reich. Da der Arbeitskräftebedarf auf diese Weise nicht gedeckt werden konnte, verlegte sich die Besatzungsmacht auf systematische Erfassung bestimmter Jahrgänge und verpflichtete auch Frauen. Auf diese Weise kamen schließlich rund drei Prozent der litauischen Bevölkerung im Deutschen Reich zum Arbeitseinsatz, rund 85.000 Personen. Wie viele von ihnen auf dem Gebiet der „Ostmark“ eingesetzt wurden, lässt sich nicht feststellen. In litauischen Archiven sind Briefe von Zwangsarbeitern erhalten, die berichten, dass sie bei täglich neun Stunden Arbeit in einer Baufirma in der Wiener Lobau durchaus menschlich behandelt wurden, ihre Arbeitsbedingungen waren nicht schlechter als die der österreichischen Arbeiter. Auch Urlaub für Heimreisen wurde fallweise gewährt, insbesondere bei Krankheit.

Dieter Bacher und Andrea Strutz (beide Graz) behandeln in ihren Beiträgen die Integration und Resettlement-Programme ehemaliger ziviler Zwangsarbeiter in Österreich nach 1945. Allein an zivilen Zwangsarbeitern (der Ausdruck passt freilich nicht in allen Fällen, da sich manche Personen ohne Zwang einfach anwerben ließen) kamen im Verlauf des Krieges rund 570.000 Personen in die „Ostmark“, um den Verlust an Arbeitskräften aufgrund des militärischen Einsatzes der Einheimischen zu kompensieren. Dazu kamen Kriegsgefangene, KZ-Häftlinge sowie rund 400.000 Volksdeutsche, die im Laufe des Jahres 1945 nach Österreich geströmt waren. Nach Kriegsende waren sich die Alliierten einig, dass diese Massen hier nicht ausreichend versorgt werden konnten. Repatriierung war in vielen Fällen keine Option – Volksdeutsche aus Osteuropa konnten nicht repatriiert werden. Für Sowjetbürger war die Rückkehr in die Heimat eher nicht empfehlenswert. Die sowjetische Rückkehrpropaganda wurde von Gerüchten über Strafmaßnahmen der Behörden in der Heimat konterkariert. Gegen starken sowjetischen Widerstand boten insbesondere die USA, Kanada und Australien nicht rückkehrwilligen Osteuropäern Einreisevisa und Arbeitserlaubnis. Fallweise gelang es Osteuropäern, die sich in Österreich wohl fühlten, sich dem sowjetischen Zugriff zu entziehen und in Österreich eine neue Heimat zu finden.

Selbstverständlich finden sich in dem Band auch Beiträge über die Fluchtbewegungen aus den Warschauer-Pakt-Staaten infolge der Krisen und sowjetischen Interventionen in Ungarn und der Tschechoslowakei, wobei Österreich aus geografischen Gründen jeweils besonders betrof-

fen war. Hervorzuheben ist der Beitrag von Maximilian Graf (Wien), der sich der polnischen Krise zu Beginn der achtziger Jahre widmet. Auf der Grundlage von Akten des österreichischen Außenministeriums und des Kreisky-Archivs klärt er die Frage, wie es zur massenhaften Emigration aus Polen nach Österreich kommen konnte, obwohl es keine gemeinsame Grenze der beiden Länder gibt.

Fast alle Beiträge in dem gut redigierten Band weisen einen direkten Bezug zu Österreich auf. Eine Ausnahme ist der Beitrag des Hamburger Historikers Joachim Tauber über die „Flucht vor dem Holocaust im Baltikum“. Auch hier hätte sich ein Bezug zu Österreich herstellen lassen, denn von den österreichischen Juden, denen nach dem „Anschluss“ die Flucht gelungen war, landeten nicht wenige in den baltischen Ländern. Freilich ist ihre Zahl unbekannt und angesichts der allein in Litauen bis Dezember 1941 ermordeten 160.000 Juden wahrscheinlich unbedeutend.

Josef Vogl

Wette, Wolfram: Feldwebel Anton Schmid. Ein Held der Humanität. Frankfurt am Main: S. Fischer 2013. 312 S.

Dem langjährigem Historiker am Militärgeschichtlichen Forschungsamt und Professor an der Universität in Freiburg Wolfram Wette ist es gelungen, aus einem Minimum an primären Quellen eine eindrucksvolle Biografie des aus Wien stammenden Feldwebels Anton Schmid zu schaffen, der zu den herausragendsten Widerstandskämpfern aus den Reihen der Deutschen Wehrmacht zu zählen ist.

Wette konnte diese Geschichte schreiben, weil einige der von Schmid geretteten und überlebenden Juden später Zeugnis ablegten über dessen heldenhaftes Verhalten. Der Schriftsteller Hermann Adler, der nach der Befreiung mit seiner gleichfalls von Schmid geretteten Frau Anita in der Schweiz lebte, würdigte Schmid in seinen literarischen Werken, in Sendungen, Filmen und als Zeitzeuge und sorgte dafür, dass Schmid 1967 von der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem als „Gerechter unter den Völkern“ ausgezeichnet wurde. Abba Kovner, Führer der jüdischen Partisanengruppe in Wilna (Vilnius), hat als Zeuge im Eichmann-Prozess in Jerusalem 1961 die Bedeutung Schmidts für seine Partisanengruppe dargelegt. Die jüdische deutsch-amerikanische Gelehrte Hanna Arendt hat in ihrer Publikation *Eichmann in Jerusalem* (1963) über diese aufsehen-

erregende Aussage berichtet und die Handlungsweise Schmid als vorbildlich qualifiziert. Auch die Berichte der Partisanin Chaika Grossman, einer nachmaligen Knesset-Abgeordneten, und des Schriftstellers Avraham Sutzkever dienten Wette als Quellen. Die Arbeiten des Historikers des jüdischen Widerstands in Europa Arno Lustiger wurden von Wette ebenso herangezogen wie der Aufsatz des damaligen DÖW-Mitarbeiters Siegwald Ganglmair im DÖW-Jahrbuch 2002.

Sachlich fälschlicherweise lange verbreitete Legenden, etwa in der Arbeit des polnischen Historikers Stanislaw Okecki, der Schmid als Angehörigen einer großen deutsch-österreichischen Widerstandsgruppe in Bialystok dargestellt hat, und zeichnet ein klares Bild von Anton Schmid, seinen tatsächlichen Handlungen und seinen leitenden Motiven.

Der 1900 in Wien geborene Feldweibel Schmid, der in Wien ein Radiogeschäft betrieben hatte und für den Frontdienst schon zu alt war, kam im September 1941 in das besetzte Wilna, wo er eine Versprengten-Sammelstelle leitete und in den Werkstätten jüdische Mitarbeiter beschäftigte. In Wilna lebten ca. 60.000 Juden, die in ein Ghetto gepfercht und von SS-Einsatzkommandos, Polizeieinheiten und litauischen Kollaborateuren in Ponary außerhalb Wilnas zu tausenden laufend ermordet wurden. Diese Ungeheuerlichkeit blieb Schmid nicht verborgen und veranlasste ihn, den Juden in seinem Bereich zu helfen. Bis Jänner 1942 stellte er etwa 90 zumindest zeitweise lebensrettende Arbeitsbescheinigungen für seine jüdischen Beschäftigten aus, verschaffte einigen gefälschte Papiere und konnte sogar einige seiner Arbeiter aus dem Gefängnis herausholen. In seiner Dienstwohnung versteckte er mehrere geflohene Jüdinnen und Juden, die dadurch überleben konnten. Wette zeigt auf, dass diese „Rettung durch Arbeit“ möglich wurde, weil durch das Scheitern des deutschen Angriffs vor Moskau im Dezember 1941 die Ausbeutung jüdischer Arbeitskräfte durch die Rüstungswirtschaft in den besetzten Gebieten zeitweilig Vorrang vor dem rassenideologischen Vernichtungsprogramm hatte.

Anton Schmid kam durch seine Rettungsaktivitäten in Kontakt zu der sich aus linken Jugendlichen formierenden jüdischen Widerstandsbewegung in Wilna, leistete für diese Kurierdienst zwischen einzelnen Ghettos und rettete – zumindest vorübergehend – mehrere hundert Juden durch LKW-Transporte nach Bialystok und anderen Orten. Diese Fluchthilfefahrten sollten Schmid zum Verhängnis werden; Ende

Jänner 1942 wurde er verhaftet und am 25. Februar 1942 von einem Kriegsgericht in Wilna zum Tode verurteilt.

Wette analysiert die Motive Schmid und zeigt, dass dieser zwar katholisch geprägt und politisch eher sozialdemokratisch eingestellt, aber kein explizit politisch oder weltanschaulich geprägter Widerstandskämpfer war; vielmehr war der unmittelbare Eindruck der verfolgten, vom Tode bedrohten Menschen, also Mitgefühl und Menschlichkeit, die Wurzel seines Handelns. „Ich habe nur als Mensch gehandelt“, schrieb Anton Schmid im Abschiedsbrief an seine Frau kurz vor seiner Exekution am 13. April 1942. Zu Recht heißt der Untertitel von Wettes Buch *Ein Held der Humanität*.

Die Hilfeleistung Anton Schmid für – zuerst – eine einzelne Person weitete sich auf mehrere, schließlich auf hunderte Menschen aus und mündete in der Unterstützung der jüdischen Widerstands- und Partisanengruppe in Wilna. Die Unterstützung des militanten jüdischen Widerstandes hebt Schmid von anderen „Judenrettern“, die einzelne oder wie Oskar Schindler eine große Zahl von Juden vor dem Holocaust retteten, heraus. Der Autor geht in diesem Zusammenhang auch auf andere überlieferte Rettungshandlungen in der Wehrmacht ein und arbeitet die singuläre Handlungsweise Schmid heraus. Er verortet Schmid im Widerstand in der Deutschen Wehrmacht, verschweigt aber Schmid Herkunft aus Wien und dessen Bekenntnis als Österreicher keineswegs.

Die Arbeit Wettes zeichnet sich dadurch aus, dass er nicht allein auf die Person Schmid abstellt, sondern den gesamten politischen, militärischen und NS-verbrecherischen Hintergrund sowie den jüdischen Widerstand in Wilna und Litauen ausleuchtet. Aufschlussreich ist auch Wettes Analyse der juristisch-justiziellen Situation. Weder im zivilen (RStGB) noch im militärischen Strafgesetz (MStGB) war Judenhilfe oder -rettung ein Delikt, so-

dass die Militärrichter den Sachverhalt unter andere Paragrafen subsummierten (vermutlich „Feindbegünstigung“ und „Kriegsverrat“), um Schmid zum Tod verurteilen zu können.

Breiten Raum im Buch nehmen die – spät einsetzenden – Ehrungen Schmid in der Nachkriegszeit in Israel, Österreich und Litauen ein. Im Besonderen geht Wette auf die heftige Diskussionen auslösende Benennung einer Kaserne der deutschen Bundeswehr in Rendsburg am 8. Mai 2000 ein, die freilich nicht der Initiative der dortigen Offiziere oder der „Truppe“ entsprang, sondern vom damaligen Verteidigungsminister Rudolf Scharping mehr oder weniger im Alleingang durchgesetzt wurde. Diese Benennung erwies sich allerdings nicht als nachhaltig, da die Kaserne und auch einige nachfolgende Schmid gewidmete Bundeswehrgebäude aufgelassen wurden. Zu der von Wette angenommenen Endlagerung der Gedenktafel in einem Museum kam es allerdings nicht; 2016 wurde die Harz-Kaserne in Blankenburg in „Feldweibel Anton Schmid-Kaserne“ umbenannt. In Österreich wurden ein Lehrsaal in der Heeres-Unteroffiziers-Akademie sowie ein Gemeindebau und eine Promenade in Wien nach Schmid benannt; 2020 wurde die Rossauer Kaserne nach Anton Schmid und Robert Bernardis (1908–1944) benannt.

Bei der Darstellung des Holocaust in Litauen erwähnt Wette auch den österreichischen Täter Franz Murer, den „Judenreferenten des Gebietskommissars“, der als „Schlächter von Wilna“ in die Geschichte einging und 1963 in einem Skandalurteil sondergleichen von einem Grazer Geschworenengericht freigesprochen wurde. Diese Schande kann zwar nicht durch den heldenhaften Einsatz von Anton Schmid ausgelöscht werden, doch dessen Verhalten zeigt, dass auch im deutschen Militär ein gewisser Handlungsspielraum für menschliches Verhalten vorhanden war.

Wolfgang Neugebauer

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber: Verein „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“, 1010 Wien, Wipplingerstraße 8. Vereinsvorstand: Präsident: BM a. D. Rudolf Edlinger. Vizepräsidenten: Prof. DDr. Werner Anzenberger, Albert Dlabaja, KR Dr. Gerhard Kastelic, Dkfm. Dr. Claus J. Raidl. Kassierin: Univ.-Doz. Dr. Brigitte Bailer. Kassier-Stv.: MR PD Dr. Helmut Wohnot. Weitere Mitglieder: Sr. Dr. Ruth Beinbauer, Univ.-Prof. Dr. Ernst Berger, Präs. der IKG Oskar Deutsch, Obersenatsrat Univ.-Prof. Dr. Hubert Christian Ehalt, MMag. Markus Figl, DDr. Barbara Glück, Univ.-Prof. Dr. Gabriella Hauch, Präs. d. VwGH Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Clemens Jabloner, RA Dr. Heinrich Keller, Mag. Hannah Lessing, Willi Mernyi, Dr. Ariel Muzicant, Hon.-Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer, Assoz.-Prof. Dr. Bertrand Perz, Dipl.-Ing. Rudolf Schicker, Dr. Gerhard Schmid, Bezirksvorsteher i. R. Dr. Richard Schmitz, OSR Dr. Kurt Scholz, Mag. Terezija Stoisits, MR Mag. Manfred Wirtitsch. Wissenschaftlicher Leiter: Dr. Gerhard Baumgartner. Kontrolle: Mag. Eva Blimlinger, Helma Straszniczky, Peter Weidner. Richtung: Verbreitung von Informationen im Sinne der Grundsatzklärung des DÖW von 1963: „Das Archiv soll vor allem durch dokumentarische Beweise der zeitgeschichtlichen Erziehung der Jugend dienen. Sie soll mit den schrecklichen Folgen des Verlustes der Unabhängigkeit und Freiheit Österreichs sowie mit dem heldenhaften Kampf der Widerstandskämpfer bekannt gemacht werden. Das Archiv soll als bleibende Dokumentation verwahrt werden.“

An der Herstellung dieser Nummer wirkten mit: Gerhard Baumgartner, Eva Kriss, Manfred Mugrauer, Wolfgang Neugebauer, Christine Schindler, Josef Vogl.

Impressum: Verleger, Herausgeber und Hersteller: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wipplingerstraße 8 (Altes Rathaus), 1010 Wien; Redaktion ebenda (Christa Mehany-Mitterrutzner, Tel. 22 89 469/322, e-mail: christa.mehany@doew.at; Sekretariat, Tel. 22 89 469/319, e-mail: office@doew.at; web: www.doew.at).

Ich bestelle folgende Publikationen:

Kombiangebot

Gedenken und Mahnen in Wien, Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW, Wien 1998

Gedenken und Mahnen in Wien. Ergänzungen I, Wien 2001. € 13,- (statt € 15,-) ... Stück

Institut Theresienstädter Initiative/DÖW (Hrsg.) **Theresienstädter Gedenkbuch**. Österreichische Jüdinnen und Juden in Theresienstadt 1942–1945, Prag 2005, 702 S., € 29,- ... Stück

Herbert Exenberger/Heinz Riedel, **Militärschießplatz Kagran**, Wien 2003, 112 S., € 5,- ... Stück

DÖW, **Katalog zur permanenten Ausstellung**. Wien 2006, 207 S., 160 Abb., € 24,50 ... Stück

DÖW, **Catalog to the Permanent Exhibition**, Wien 2006, 95 S., über 100 Abb., € 14,50 ... Stück

Forschungen zum Nationalsozialismus und dessen Nachwirkungen in Österreich. Festschrift für Brigitte Bailer, hrsg. vom DÖW, Wien 2012, 420 S., € 19,50 ... Stück

Barry McLoughlin / Josef Vogl, „... Ein Paragraph wird sich finden“. **Gedenkbuch der österreichischen Stalin-Opfer (bis 1945)**, hrsg. v. DÖW, Wien 2013, 622 S., € 24,50 ... Stück

Florian Freund, **Die Toten von Ebensee**. Analyse und Dokumentation der im KZ Ebensee umgekommenen Häftlinge 1943–1945, Braintrust, Verlag für Weiterbildung 2010, 444 S., € 29,- ... Stück

Wolfgang Neugebauer, **The Austrian Resistance 1938–1945**, Edition Steinbauer 2014, 336 S., € 22,50 ... Stück

Wolfgang Neugebauer, **Der österreichische Widerstand 1938–1945**, überarb. u. erw. Fassung, Edition Steinbauer 2015, 351 S., € 22,50 ... Stück

Rudolf Agstner / Gertrude Enderle-Burcel / Michaela Follner, **Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky**. Biographisches Handbuch der Diplomaten des Höheren Auswärtigen Dienstes 1918 bis 1959, Wien 2009, 630 S., € 29,90 ... Stück

Fanatiker, Pflichterfüller, Widerständige. Reichsgaue Niederdonau, Groß-Wien, Jahrbuch 2016, hrsg. v. DÖW, Wien 2016, 412 S., € 19,50 ... Stück

80 Jahre Internationale Brigaden. Neue Forschungen über österreichische Freiwillige im Spanischen Bürgerkrieg, hrsg. v. DÖW u. Vereinigung österreichischer Freiwilliger in der Spanischen Republik 1936–1939 und der Freunde des demokratischen Spanien, Wien 2016, 157 S., € 12,50 ... Stück

Wieder erhältlich: Jakob Rosenberg / Georg Spitaler, **Grün-weiß unterm Hakenkreuz**. Der Sportklub Rapid im Nationalsozialismus, hrsg. v. SK Rapid und DÖW, Wien 2011, 303 S., EUR 18,99 ... Stück

„Vor unserem Herrgott gibt es kein unwertes Leben“. Die Predigt von Diözesanbischof Michael Memelauer bei der Silvesterandacht am 31. Dezember 1941 im Dom zu St. Pölten, hrsg. v. DÖW u. Diözesanarchiv St. Pölten, St. Pölten 2017, 42 S., € 5,- ... Stück

Österreichische Ärzte und Ärztinnen im Nationalsozialismus, Jahrbuch 2017, hrsg. v. Herwig Czech u. Paul Weindling im Auftrag des DÖW, Wien 2017, 303 S., € 19,50 ... Stück

Zeithistoriker – Archivar – Aufklärer. Festschrift für Winfried R. Garscha, hrsg. v. Claudia Kuretsidis-Haider u. Christine Schindler im Auftrag des DÖW u. der Forschungsstelle Nachkriegsjustiz, Wien 2017, 500 S., € 19,50 ... Stück

Claudia Kuretsidis-Haider, **Österreichische Pensionen für jüdische Vertriebene**. Die Rechtsanwaltskanzlei Ebner: Akteure – Netzwerke – Akten, hrsg. v. DÖW, Wien 2017, 319 S., € 19,50 ... Stück

Forschungen zu Vertreibung und Holocaust, Jahrbuch 2018, hrsg. v. DÖW, Wien 2018, 382 S., € 19,50 ... Stück

Herwig Czech / Wolfgang Neugebauer / Peter Schwarz, **Der Krieg gegen die „Minderwertigen“**. Zur Geschichte der NS-Medizin in Wien / **The War against the „Inferior.“** On the History of Nazi Medicine in Vienna. Katalog zur Ausstellung in der Gedenkstätte Steinhof im Otto-Wagner-Spital der Stadt Wien. hrsg. v. DÖW, Wien 2018, 243 S., € 25,- ... Stück

Claudia Kuretsidis-Haider / Rudolf Leo, **„dachaureif“**. Der Österreichertransport aus Wien in das KZ Dachau am 1. April 1938. Biografische Skizzen der Opfer, hrsg. v. DÖW u. Zentraler österreichischer Forschungsstelle Nachkriegsjustiz, Wien 2019, 344 Seiten, zahlr. Abb., € 25,- ... Stück

Deportation und Vernichtung – Maly Trostinec. Jahrbuch 2019, hrsg. v. DÖW, Wien 2019, 359 S., € 19,50 ... Stück

Widerstand und Verfolgung in der Steiermark. ArbeiterInnenbewegung und PartisanInnen 1938–1945. Mit einer Einführung v. Heimo Halbrainer, hrsg. v. DÖW, CLIO 2019, 760 S., 150 Abb., € 25,- ... Stück

Nisko 1939. Die Schicksale der Juden aus Wien, Jahrbuch 2020, hrsg. v. Christine Schindler im Auftrag des DÖW, Wien 2020, 447 S., € 19,50 ... Stück

Name:

Adresse:

Unterschrift:

Telefonische Bestellungen bitte unter 22 89 469/319.

**Österreichische Post AG/
Sponsoring.Post**

Zulassungs-Nr.
02Z031276 S

Verlagspostamt
1010 Wien